

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Der Kaiser, sowie mehrere Bundesfürsten werden der Einweihung des Hamburger Bismarck-Denkmales, die im Juni d. statfindet, beiwohnen.

* Minister v. Budde hofft in etwa acht Tagen seine Geschäfte wieder aufnehmen zu können.

* Der Bundesrat stimmt dem Auschuhmatrikel mit dem Veredelungsrecht mit Gerdessen und der Vorlage betr. die Errichtung einer Untersuchungsstelle für das in das Zollamt eingehende Fleisch bei dem Hauptzollamt Bremerhaven zu.

* Bei den diesjährigen Kaisermanövren in Schlesien wird wahrscheinlich dem Prinzen Leopold von Bayern das Oberkommando über eine der beiden gegeneinander stehenden Armeen übertragen werden.

* Die Steuerkommission des Reichstages begann die zweite Sitzung des Brauhergesteins, und dabei gab der Schatzv. Stengel eine bemerkenswerte Erklärung ab. Er erfuhr die Kommission, die höheren Steuerfälle der in der ersten Sitzung erörterten Regierungsvorlage wiederherzustellen. Dann werde sich eine etwaige Zurückziehung der Tabaksteuervorlage leichter in Aussicht stellen lassen. Allerdings betonte er ausdrücklich, daß nur die Tabaksteuervorlage, nicht etwa auch die Zigarettensteuervorlage geprägt werden könne. Finanzminister v. Reinhardts erwähnt Rückkehr zur Regierungsvorlage.

* Die Budget-Kommission des Reichstages lehnte die Beratung des Militärstaats fort. Für das Rechnungsjahr 1906 ist die Errichtung einer Reitschule in Paderborn in einer verschwundenen Kaserne in Ansicht genommen. Durch die Instandsetzung dieses Gebäudes entstehen an einmaligen Kosten 70 000 M. An sonstigen einmaligen Ausgaben werden rund 5900 M. und an laufenden Kosten 32 632 M. gefordert.

* Die Steuerkommission des preuß. Abgeordnetenhauses hat die Besteuerung der Gesellschaften m. b. H. nach einem gegen die Regierungsvorlage etwas niedrigeren Tarif angenommen.

* Morenga, der lebhaft ernsthafte Gegner unserer Linie in Südwestafrika wurde in mehreren Gefechten geschlagen. Es wird nunmehr gegen ihn ein allgemeines Gefechtsfeld verhältnis. Auch aus Ostafrika laufen die Nachrichten fortgeschritten. Dort ergaben sich 1900 Aufständische, nachdem ihr Anführer erschossen worden war.

Ostreich-Ungarn.

* Am Donnerstag wurde der Gedächtnistag der Verfassung vom Jahre 1848 in Ungarn mit großer Feierlichkeit begangen. Zahlreiche Vereine legten Kränze an dem Denkmal des Freiheitskämpfers Petofi nieder, wo auch Reden gehalten wurden. Die Ordnung wurde nirgends gestört.

* Count Kosssuth, der Führer der ungarischen Opposition, ist ernstlich erkrankt. Er erlitt mehrere Ohnmachtsanfälle.

Frankreich.

* In der Deputiertenkammer erklärte im Laufe der Beratung über das Marinabudget Marineminister Thomson in Beantwortung mehrerer Anfragen, daß die Regierung eifrig bemüht sein werde, die Kriegsfähigkeit und Feuergeschwindigkeit der Flotte immer zu erhöhen. Der Minister schloß: „Wir verlangen von dem Lande, daß es schwere Opfer bringt, aber diese Opfer sind unerlässlich, um unsre nationalen Verteidigungsfähigkeiten zu fördern. Wir wollen den Frieden, und daß beste Mittel, ihn zu sichern, liegt auch heute noch und wird immer in der Vorbereitung auf den Krieg liegen.“

England.

* Die Frage einer Herabminderung der Ausgabe für Heer und Marine wird

von der liberalen Regierung Englands ernsthaft erwogen. Zurzeit sieht es ihr an allen Ecken und Enden am Mitteln, um den ungünstigen Drang nach sozialpolitischen Reformen zu befriedigen; auch die Einflussnahme von Böden muß zunächst um des Kostenpunktes wegen verschoben werden. Die Regierung gab im Unterhause die Versicherung ab, es sollen alle nur möglichen Einschränkungen gemacht werden, um der sozialpolitischen Pflegeorgie ungefährliche Kräfte zu wenden zu können.

Italien.

* In der Deputiertenkammer brach anlässlich einer Anfrage des Untersekretärs des Innern, dr. Scaria, die Vergangenheit und die Ergebnisse der im vergangenen Herbst zur Sicherung der Finanzkontrolle in Italienen in den österreichischen Gewerken veranstalteten internationalen Plottestundgebung und erklärte, der Zwischenfall habe keine Sichtung der außen Beziehungen Italiens mit der Welt zur Folge gehabt.

* Bei den diesjährigen Kaisermanövren in Schlesien wird wahrscheinlich dem Prinzen Leopold von Bayern das Oberkommando über eine der beiden gegeneinander stehenden Armeen übertragen werden.

* Die Steuerkommission des Reichstages begann die zweite Sitzung des Brauhergesteins, und dabei gab der Schatzv. Stengel eine bemerkenswerte Erklärung ab.

* Bei den Wahlen für die Kammervertreter erhielten die Kandidaten der Opposition 68 Stimmen mehr als diejenigen der Regierung. Daraus glaubt das Kabinett bei der namenlosen Abstimmung eine Mehrheit zu erhalten.

Dänemark.

* Im Folgejahr führt im Laufe der Finanzbedarfe Minister Lassen aus, außer dem geplanten Zollgesetz würde die Entwicklung einer Reihe von Steuergesetzen notwendig werden, u. a. einer Steuer auf die Industrieproduktion und einer Gewerbesteuer. Es wird ein einheitlicher Polarisat gelegt werden, der den Zoll für verschiedene Kolonialien und allgemeine Verbrauchsartikel herablässt. Die Abgaben auf Braumarken und Bier würden nicht erhöht. Der Minister erklärte, er hoffe mit dieser Reform eine Entlastung der ärmeren Bevölkerungsklasse herbeizuführen.

Spanien.

* Die Verhandlungen in Algier o. s. haben abermals eine Erholung erfahren. Spanien sieht ein, daß die französischen Punkte in seinem Falle so weit gelöst und vorbereitet seien, um in einer Solligung aller interessierten Parteien als Unterlage zu dienen. Der nächsten Sitzung, die auf den Dienstag festgesetzt ist, sieht man allseitig mit größter Spannung entgegen, weil bis dahin die französischen Delegierten ihre neuen Institutionen empfangen haben werden. Soviel ist allerdings jetzt schon sicher, daß Frankreich nach wie vor auf ein Roßgeschenk Deutschlands in Bezug auf die Generalpolizeiaktion in Gaboalcaja hofft, während die übrigen Mächte Deutschland zu stimmen, daß ein weiteres Einigegemkommen für unmöglich erklärt. Es dürfte sich also am Dienstag lediglich darum handeln, ob Frankreich sich zur Annahme eines vermittelnden Antrages einer neutralen Macht herbeizulassen gedenkt oder nicht. — Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß der leidige Marokkohandel demnächst aus der Welt geschafft sein wird — allerdings nicht in einer alle Teile berührenden Weise.

Australien.

* Die Wirren in Australien zeitigen vorgehegt allerlei unerfreuliche Folgeerscheinungen, die die lebhafte Sitzungnahme einzelner Bevölkerungsklassen behindern. So beschloß der Petersburger Schriftsteller Verdand einen energischen Protest gegen die durch das Kriegsgericht erfolgte Verurteilung von drei Rebellenen der Volapresse in Tschita zum Tode durch den Strang. Der Prozeß wird in den meistens Rechtsblättern veröffentlicht werden.

* Der Ministerrat beschloß, die Bevölkerung auf die Notwendigkeit strenger Maßnahmen gegen die Aufrührerungen zu Gewalttätigkeiten gegen die Juden, welche die niedere Bevölkerung erregen, aufmerksam zu machen. Der Ministerrat beschloß ferner, alle Lehder solcher Aufforderungen zu verfolgen, und ermahnte den Minister des Innern, eine Untersuchung der Vorgänge in Homel anzuordnen und diejenigen Personen

strafrechtlich zu verfolgen, denen Unfähigkeit bei der Unterdrückung der Untertanen zur Last fällt.

Gouvernements.

* Die neue serbische Regierung stellt sich der Sitzung vor. In der Sitzung erscheint auch die gesamte Opposition, womit offensichtlich ihr Widerstand beendet erscheint. Der Ministerpräsident erwiderte das Regierungprogramm, wobei er hervorhob, daß die heutige Regierung dem Programm der vorigen treu

Hinrichtungen und zu seinen Gunsten ausgetragen: es ist ein deutscher ausländischer Geschäftsmann, der Peters verurteilt. Mit Recht hat Peters' Verteidiger Dr. Schadach erklärt, daß man die Verbündete am Altmühlbach nicht nach der Altmühlstraße beitreten könne. Schließlich hatte sich dr. Wissmann ausgesprochen, der noch dazu ein persönlicher Feind von Herrn Peters war.

Abg. Oegemann (not-lib.) röhrt die wissenschaftliche Zukunft unter Kolonien.

Abg. Ledebour (soz.): Abg. Kreidt betont

es als eine sehr lebenswerte, den Dr. Peters

als den öffentlichen Meinung wiederherstellen.

Es wird ihm aber nicht gelingen. Herr Peters ist zur Dienstleistung verurteilt worden wegen der unsauberen Geschichten, die überhaupt einem Beamten nachgetragen werden können. Wir haben

in der Budgetkommission die entscheidende Stimme

für die von der Regierung vorgeschlagenen Stimmenabstimmungen in Kritik abgezogen.

In der Sitzung

des Abgeordnetenhaus können wir viele

für Stimmenabstimmungen eintreten, weil die katholische Partei Braunschweig in der Dienstleistung und kommt auch in der Kommission nicht vertreten ist. Die Überlegenheit der modernen britischen Regierung gegenüber der österreichischen steht außer Frage. Das Verlangen, verbreitete Beamten in die Kolonien zu senden, ist mir sich gerechtfertigt, aber im Hinblick auf die geäußerten Wörterungen des Exzentrikus gerade für welche Beamten und unter welchen Bedingungen die Kolonialpolitik auf die verschiedenen Kästen Deutschlands wirkt, dafür hat uns zuletzt der Geheimrat Rose einen beispielhaften Beleg geliefert. Er hat mit ergreifender Weise die Entwicklung der Kolonialstaaten auf den Marshallinseln durch die Deutschen erzählt und geschildert. Ich wünschte, daß die geprägten Schwarzen zu den Waffen greifen und die Beamten niederschlagen. Wenn ein normales Schätzungsverfahren vorgenommen wird, so kann ich mir sagen, eine schlimmere Verurteilung der ganzen deutschen Kolonialpolitik ist noch niemals ausgesprochen worden.

Abg. Ledebour (soz.): Das Recht der

Kameradschaften und der Beamtenversicherung

ist ein persönliches Recht des Monarchen, sondern

eine politische und untersteht daher der Kontrolle

durch den Reichstag. Wir sind durchaus für ein selbständiges Kolonialamt. Die Ausführungen des Abg. Ledebour über die Neutralisierung und Bestrafung der Europäer in den Kolonien sind übertrieben. Ausschreibungen und doch immer mit bestens vorgenommen. Die Mosambikaner bilden ein nützliches Element in Ostafrika. Alle Büröleute des Kolonialamtes wird der Reichstag nicht erlassen können; im allgemeinen aber werden Reichstag und Regierung in Einigkeit am Wohl der Kolonien arbeiten können.

Abg. Ledebour über die Neutralisierung und Bestrafung der Europäer in den Kolonien sind übertrieben.

Abg. Schröder (soz.): Das Recht der

Kameradschaften und der Beamtenversicherung

ist ein persönliches Recht des Monarchen, sondern

eine politische und untersteht daher der Kontrolle

durch den Reichstag. Wir sind durchaus für ein selbständiges Kolonialamt. Die Ausführungen des Abg. Ledebour über die Neutralisierung und Bestrafung der Europäer in den Kolonien sind übertrieben.

Abg. Ledebour (soz.): Das Recht der

Kameradschaften und der Beamtenversicherung

ist ein persönliches Recht des Monarchen, sondern

eine politische und untersteht daher der Kontrolle

durch den Reichstag. Wir sind durchaus für ein selbständiges Kolonialamt. Die Ausführungen des Abg. Ledebour über die Neutralisierung und Bestrafung der Europäer in den Kolonien sind übertrieben.

Abg. Ledebour (soz.): Das Recht der

Kameradschaften und der Beamtenversicherung

ist ein persönliches Recht des Monarchen, sondern

eine politische und untersteht daher der Kontrolle

durch den Reichstag. Wir sind durchaus für ein selbständiges Kolonialamt. Die Ausführungen des Abg. Ledebour über die Neutralisierung und Bestrafung der Europäer in den Kolonien sind übertrieben.

Abg. Ledebour (soz.): Das Recht der

Kameradschaften und der Beamtenversicherung

ist ein persönliches Recht des Monarchen, sondern

eine politische und untersteht daher der Kontrolle

durch den Reichstag. Wir sind durchaus für ein selbständiges Kolonialamt. Die Ausführungen des Abg. Ledebour über die Neutralisierung und Bestrafung der Europäer in den Kolonien sind übertrieben.

Abg. Ledebour (soz.): Das Recht der

Kameradschaften und der Beamtenversicherung

ist ein persönliches Recht des Monarchen, sondern

eine politische und untersteht daher der Kontrolle

durch den Reichstag. Wir sind durchaus für ein selbständiges Kolonialamt. Die Ausführungen des Abg. Ledebour über die Neutralisierung und Bestrafung der Europäer in den Kolonien sind übertrieben.

Abg. Ledebour (soz.): Das Recht der

Kameradschaften und der Beamtenversicherung

ist ein persönliches Recht des Monarchen, sondern

eine politische und untersteht daher der Kontrolle

durch den Reichstag. Wir sind durchaus für ein selbständiges Kolonialamt. Die Ausführungen des Abg. Ledebour über die Neutralisierung und Bestrafung der Europäer in den Kolonien sind übertrieben.

Abg. Ledebour (soz.): Das Recht der

Kameradschaften und der Beamtenversicherung

ist ein persönliches Recht des Monarchen, sondern

eine politische und untersteht daher der Kontrolle

durch den Reichstag. Wir sind durchaus für ein selbständiges Kolonialamt. Die Ausführungen des Abg. Ledebour über die Neutralisierung und Bestrafung der Europäer in den Kolonien sind übertrieben.

Abg. Ledebour (soz.): Das Recht der

Kameradschaften und der Beamtenversicherung

ist ein persönliches Recht des Monarchen, sondern

eine politische und untersteht daher der Kontrolle

durch den Reichstag. Wir sind durchaus für ein selbständiges Kolonialamt. Die Ausführungen des Abg. Ledebour über die Neutralisierung und Bestrafung der Europäer in den Kolonien sind übertrieben.

Abg. Ledebour (soz.): Das Recht der

Kameradschaften und der Beamtenversicherung

ist ein persönliches Recht des Monarchen, sondern

eine politische und untersteht daher der Kontrolle

durch den Reichstag. Wir sind durchaus für ein selbständiges Kolonialamt. Die Ausführungen des Abg. Ledebour über die Neutralisierung und Bestrafung der Europäer in den Kolonien sind übertrieben.

Abg. Ledebour (soz.): Das Recht der

Kameradschaften und der Beamtenversicherung

ist ein persönliches Recht des Monarchen, sondern

eine politische und untersteht daher der Kontrolle

durch den Reichstag. Wir sind durchaus für ein selbständiges Kolonialamt. Die Ausführungen des Abg. Ledebour über die Neutralisierung und Bestrafung der Europäer in den Kolonien sind übertrieben.

Abg. Ledebour (soz.): Das Recht der

Kameradschaften und der Beamtenversicherung

ist ein persönliches Recht des Monarchen, sondern

eine politische und untersteht daher der Kontrolle

durch den Reichstag. Wir sind durchaus für ein selbständiges Kolonialamt. Die Ausführungen des Abg. Ledebour über die Neutralisierung und Bestrafung der Europäer in den Kolonien sind übertrieben.

Abg. Ledebour (soz.): Das Recht der

Kameradschaften und der Beamtenversicherung

ist ein persönliches Recht des Monarchen, sondern

eine politische und untersteht daher der Kontrolle

durch den Reichstag.